



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr.39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 18. September 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem Sonderplenium zum Thema **Flüchtlingspolitik** hat nun die reguläre Plenarwoche des Septembers angestanden. Auch in dieser Woche ist die Flüchtlingspolitik als große politische Herausforderung gegenwärtig gewesen.

Das Schließen der Bundesgrenzen am letzten Wochenende stellte eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte dar. Es ist der Bundesregierung bisher nicht gelungen, auf europäischer Ebene zu einer Einigung über die gerechte Verteilung der Menschen zu kommen, die bei uns Schutz suchen. Niedersachsen hat im Sinne der bundesdeutschen Solidarität mehr Flüchtlinge aufgenommen, als nach dem vereinbarten Verteilschlüsseln notwendig gewesen wäre. Die Landesregierung hat dazu in kürzester Zeit Tausende neue Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen. Unser aller Dank gilt den vielen zupackenden Händen, die das ermöglicht haben.

Ministerpräsident Stephan Weil hat die klare Erwartungshaltung Niedersachsens an die Bundesregierung deutlich gemacht, bei Nichteinigung mit den europäischen Partnern auch ein Alternativkonzept zum Umgang mit dem Flüchtlingsstrom zu entwickeln. Er hat den Landtag zu Beginn des Plenarabschnitts über die Ergebnisse der Gespräche in Berlin unterrichtet. Die Krisenbewältigung, d.h. die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten in unserem Land, steht derzeit im Vordergrund der politischen Debatte. Wir müssen jedoch im Blick haben, dass dies erst der erste Teil der Aufgabe ist. Es werden ebenso intensive Anstrengungen zur Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft folgen müssen.



In der Plenardebatte haben wir deutlich gemacht, dass der sog. **Rückführungserlass**, den wir nach dem Regierungswechsel beschlossen haben, an die aktuelle Lage angepasst werden muss. Wir nehmen die Hinweise aus den Kommunen dazu sehr ernst. Die Vorschläge, wie der Erlass angepasst werden kann, hat Innenminister Boris Pistorius im Plenum erläutert. Wir werden die vorgeschlagenen Änderungen unter Berücksichtigung der derzeitigen Situation ausgiebig diskutieren und abwägen.

Boris Pistorius hat u. a. vorgeschlagen, auf die Bekanntgabe des Abschiebungstermins bei Einzelpersonen, deren aktuelle Aufenthaltsdauer in Deutschland bis zum Zeitpunkt des in Aussicht

genommenen Abschiebungstermins nicht mehr als 18 Monate beträgt, abweichend von den Vorgaben des Rückführungserlasses, zu verzichten. Darüber hinaus wird in Erwägung gezogen, dass abweichend vom sog. Härtefallverfahrenserlass bei ausreisepflichtigen Personen, deren aktuelle Aufenthaltsdauer in Deutschland bis zum Zeitpunkt der Duldungserteilung nicht mehr als 18 Monate beträgt, die Verpflichtung zur Belehrung über die Möglichkeit und das Verfahren für die Anrufung der Härtefallkommission entfallen soll. Die Aussprache im Landtag zum Thema Flüchtlinge hat erneut deutlich gemacht, wie schnell die Landesregierung die Aufgabe der schnellen und humanen Flüchtlingsunterbringung bewältigt. Behauptungen der Opposition, das Land plane die Beschlagnahme von privatem Wohnraum für Flüchtlinge, sind falsch und dienen nur der Verunsicherung. Unser Innenminister hat im Plenum mehrfach klargestellt, dass das absolut kein Thema ist. Das sollte auch die FDP endlich zur Kenntnis nehmen.

Wir haben die Oppositionsfraktionen dringlich aufgefordert, zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren. Die Situation ist zu ernst und absolut ungeeignet für politische Spielereien.

Vor dem Hintergrund dieser großen Herausforderungen dürfen wir jedoch die anderen Themen nicht aus dem Auge verlieren. In unserer rot-grünen Regierungskoalition legen wir einen Schwerpunkt auf das Thema Bildung. Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben. Gleichzeitig wollen wir es Familien ermöglichen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Deshalb haben wir viele neue Krippenplätze und neue Ganztagschulen eingerichtet. Froh waren wir, als das Bundesverfassungsgericht das familienpolitisch rückwärtsgewandte und von der CSU entwickelte Betreuungsgeld gekippt hat. Jetzt müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die nieders. CDU auf ihrem letzten Parteitag ein Landesbetreuungsgeld fordert. Sie setzt damit die rückwärtsgewandte Politik der CSU fort. Wir wollen die freiwerdenden Mittel für die Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung verwenden. Daher haben wir in unserer **Aktuellen Stunde „Bessere Kindertagesstätten statt Landesbetreuungsgeld“** deutlich gemacht, dass wir für die Umsetzung der Idee eines Landesbetreuungsgeldes nicht zur Verfügung stehen, sondern uns für eine auf Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit gerichtete Familienpolitik einsetzen.

LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

Am Donnerstag, 17.09.2015 habe ich für die Fraktion zum Tagesordnungspunkt 20 - **Vorreiterrolle des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) stärken!** – gesprochen.



Mit dem Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung e. V. (nifbe) ist es dem Land gelungen, auf diesem Gebiet in der Forschung und dem Transfer in die Praxis eine Vorreiterrolle einzunehmen. Diese gilt es weiterzuentwickeln. Eine Evaluation der Wissenschaftlichen Kommission hat ergeben, dass die komplizierte Organisationsstruktur mit fünf Regionalnetzwerken und deren Trägern, vier Forschungsstellen an der Universität Osnabrück und einer Koordinierungs- und Geschäftsstelle verbessert werden muss.

Darüber hinaus hat auch der Landesrechnungshof einen Optimierungsbedarf angemahnt. Deshalb halten wir es für notwendig, die landesweit fünf regionalen Netzwerke des nifbe, die Forschung an der Uni Osnabrück und die Koordinierung, effektiver zu organisieren. So müssen bspw. Forschung und die Weiterbildung besser miteinander verzahnt werden, um einen guten und schnellen Transfer der Forschungsergebnisse in die Qualifizierung zu gewährleisten.

Die enge Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Stellen des nifbe und dem entsprechenden Fachbereich der Universität in Osnabrück soll fortgeführt und ausgebaut werden. Gleichzeitig sollen künftig zusätzliche Forschungsmittel allen niedersächsischen Hochschulen zur Verfügung stehen, die auf dem Gebiet der frühkindlicher Entwicklung und Bildung forschen. Wir sind überzeugt, dass dies eine faire Regelung für alle niedersächsischen Hochschulen ist.

Ein ähnlicher Interessenausgleich ist auch in der Frage der regionalen Präsenz des nifbe richtig und wichtig. Für uns war immer klar, dass das nifbe in der Fläche – wie bei uns in Hildesheim – erhalten bleiben muss. Einzig der Arbeitsaufwand zur Koordinierung muss reduziert werden. Deshalb wird diese Koordinierung künftig zentral von Osnabrück aus geschehen.

Der vollständige Text meiner Rede steht auf meiner Internetseite unter www.bernd-lynack.de zur Verfügung.

In der Plenarwoche haben wir u. a. folgende Anträge und Gesetzesentwürfe beraten:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen

Dieser Gesetzesentwurf stand zur ersten Beratung auf der Tagesordnung. Damit wollen wir die Hochschulautonomie durch Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen weiterentwickeln. Dies betrifft insbesondere die Erweiterung der studentischen Mitwirkungsmöglichkeiten sowie die Stärkung der Einflussmöglichkeiten der Personalvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten auf die hochschulinternen Entscheidungsprozesse. Dabei erfolgt die Erweiterung der studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht erneut bekräftigt hat und die zugleich eine ausgewogene Balance der Hochschulorgane gewährleisten. Daneben sollen mit dem Gesetzesentwurf die aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts erforderlichen Rechtsänderungen der für die humanmedizinischen Einrichtungen geltenden Organisationsnormen umgesetzt werden. Zudem werden weitere hochschulrechtliche Regelungen fortentwickelt.

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Jugendarrestvollzuges in Niedersachsen

Der Gesetzesentwurf stellt die gesetzliche Grundlage für den Jugendarrestvollzug in Niedersachsen dar. Diese Form der Freiheitsentziehung war bislang nur unzureichend gesetzlich geregelt. Neben der Vorschrift des § 90 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) erfolgte eine nähere Ausgestaltung im Wesentlichen durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung, der Jugendarrestvollzugsordnung. Seit der Föderalismusreform liegt die Gesetzgebungskompetenz bei den Ländern. Von dieser Gesetzgebungskompetenz machen wir nunmehr Gebrauch. Der wesentliche Anteil des Jugendarrestes betrifft den Arrest als jugendrichterliche Sanktionsmöglichkeit wegen Begehung einer Straftat, entweder als direkt ausgesprochene Sanktion oder im Rahmen eines Nichtbefolgungsarrestes.

Kein Raum für Islamfeindlichkeit - Erfassung islamfeindlicher Taten verbessern

Die genaue Betrachtung der Zahlen zu islamfeindlichen Übergriffen zeigt, dass es an genauen Instrumenten zur Messung antimuslimisch motivierter Straftaten nach wie vor fehlt. Obwohl viele gewalttätige Übergriffe auf Moscheen in Niedersachsen als zweifelsfrei politische Taten erfasst wurden, kann eine genauere Zuordnung vielfach nicht erfolgen. Ursächlich hierfür ist das gegenwärtige Definitionssystem der politisch motivierten Kriminalität. Hiernach können etwa Übergriffe auf Moscheen oder muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger unter das Thema „Hasskriminalität" erfasst werden. Eine gesonderte Erfassung der Taten als antimuslimisch motiviert ist aber derzeit nicht möglich.

Zum Gesundheitsschutz der Menschen - Reserveantibiotika bleiben der Humanmedizin vorbehalten

Antibiotika sind für die Behandlung bakterieller Infektionskrankheiten sowohl in der Human- als auch in der Tiermedizin unverzichtbar. Um der Herausforderung zunehmender Antibiotikaresistenzen wirksam zu begegnen, müssen neue Resistenzbildungen und die Weiterverbreitung von resistenten Keimen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, Pflegeheime, ambulante Pflegedienste, Arztpraxen) und in Tierhaltungen vermieden werden.

Nachrichten aus dem Wahlkreis

Am 15.09.2015 hatte ich zu einer Veranstaltung zur anstehenden KiTa-Novelle im Torhaus eingeladen.

Im Vorfeld der Debatte um die Novellierung des Kita-Gesetzes diskutierte Uwe Santjer, Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag für frühkindliche Bildung über die Erwartungen und Chancen im Zusammenhang mit der geplanten Anpassung. Eingeladen waren Beschäftigte aller Hildesheimer Kitas und Vertreterinnen und Vertreter der Träger von Kindertageseinrichtungen. Uwe Santjer ist selber



ausgebildeter Erzieher und konnte sich sehr gut in die Lage seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen versetzen. Er versprach, sich in den Verhandlungen zur Novelle für eine perspektivische Senkung des Betreuungsschlüssels sowie um die Verkleinerung der Gruppengröße einzusetzen. Besonders beeindruckt hat mich in der Diskussion der offene Blick aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Machbare.



Ich habe mit den Teilnehmenden verabredet, dass ich eine Fortsetzung der Diskussion, wenn der Gesetzentwurf vorliegt, auf jeden Fall anbieten werde. Bis dahin gibt es viel zu tun!

Weitere Details zu dieser Veranstaltung erfahrt ihr auf meiner Internetseite in der Rubrik „Nachrichten“.

**Online-Redaktion der Robert-Bosch- Gesamtschule aus Hildesheim im Landtag
Reporter team fühlt Landespolitikern auf den Zahn**

Lara Cavga (16), Emilia Fester (17), Anna Ziegenhorn (15) und Oscar Schmucker (17) von der Robert-Bosch-Gesamtschule aus Hildesheim waren während des Plenums 3 Tage als Nachwuchsredakteure unterwegs und berichten aus der Online-Redaktion des Vereins n-21 exklusiv aus dem Niedersächsischen Landtag. Sie verfolgten die Plenardebatten auf der Presstribüne live.

Ich durfte der Politikpate sein, da die Robert-Bosch-Gesamtschule in meinem Wahlkreis liegt. Schon vor den Sommerferien habe ich die n-21 Redaktion besucht. Ebenso hat es im Voraus ein Treffen mit dem kleinen Team an ihrer Schule gegeben. Begleitet wurde die Gruppe von den Schulassistenten Marita Eickmeyer, die an der Integrierten Gesamtschule auch die Schülerzeitung und Homepage-AG betreut.



Landtag-Online ist ein Projekt des Vereins n-21: Schulen in Niedersachsen online e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landtag Niedersachsen. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler durch journalistisches Arbeiten für Landespolitik zu begeistern und dabei ihre Medienkompetenz zu stärken.

Die Ergebnisse sind auf www.landtag-online.de und www.online-redaktionen.de/plenum09-2015 nachzulesen.

Die nächsten Informationen aus dem Landtag gibt es zum Oktober-Plenum. Der Landtag tagt wieder vom 13. bis zum 15. Oktober. Bis dahin wünsche ich euch allen eine schöne Zeit und verbleibe

mit besten Grüßen

Bed